Nr. 104 XXVIII. Jahrgang — Mittwoch, 21. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 8 28, 13 8 38, 13 8 07, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 1.80, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 41 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 8.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Das Verbot der Einwohnerwehren

Auch Ortswehren verboten

Genf, 20. April. (Eig. Drahtbericht.) Havas bringt eine Meldung aus französischen Regierungskreisen, wonach die in Deutschland in Vorbereitung befindlichen Ortswehren aus organisierten Arbeitern und Angestellten an Stelle der aufgelösten Einwohnerwehren nach dem Friedensvertrag unstatthaft seien. Ihre Bildung würde eine neue schwere Verletzung des Friedensvertrags darstellen und zu den schärfsten Maßnahmen der Alliierten gegen Deutschland führen. Die Entwaffnung Deutschlands verlange nach dem Inhalt des Friedensvertrags, daß niemand in Deutschland Waffen führen dürfe als die zugestandenen 100 000 Mann Reichswehr. — „Journal des Débats" meldet: In Paris sind Berichte der Ueberwachungskommission in Berlin eingegangen, die auf eine neue wissentliche und sehr ernstliche Vertragsverletzung durch Deutschland vorbereiten, daß eine Bewaffnung von Arbeitern und Angestellten als Orts- und Sicherheitswehren einleitet. Sofern sich diese Meldung bestätigen sollte, würde die deutsche Regierung eine Handlung begehen, die zu den schwersten Wirkungen für das deutsche Volk führen müsse. — Nach einer Meldung des Lyoner „Progrès" aus Paris erhielt die Vertretung der Alliierten in Berlin den Auftrag, Deutschland darauf hinzuweisen, daß die Bildung von bewaffneten Arbeiterwehren in Deutschland als Ersatz der bisherigen Einwohnerwehren nach dem Versailler Vertrag unzulässig sei.

*

Die deutsche Regierung beschäftigt sich in ihrer neuesten Note an die Alliierten mit der Frage der Einwohnerwehren. Die Note, zu Händen des Generals Nollet, des Vorsitzenden des internationalen Ueberwachungsausschusses, ist die Erwiderung auf die Ententenote vom 12. März, die bekanntlich die unverzügliche Auflösung der Einwohnerwehren forderte. Die Entente ging dabei von der Erwägung aus, daß Preußen, ähnlich wie seinerzeit in den Jahren 1808 bis 1812, heimlich Vorbereitungen trifft, um das unbequeme Abrüstungsgebot zu umgehen. Die Antwortnote hebt deshalb mit Recht hervor, daß jeder Gedanke einer Verwendung der Einwohnerwehren zu militärischen Zwecken ausgeschlossen ist, und sie begründet dies durch den Hinweis, daß die Organisationen in den einzelnen Ländern nachweislich ohne einheitlichen Zusammenhang seien.

Auch sonst werden Beweise dafür angeführt, daß die Einwohnerwehren ein durchaus untaugliches Werkzeug seien, um irgendwie kriegsmäßige Verwendung zu finden, denn dazu gehört in erster Linie das Fehlen einer jeden listenmäßigen Vorbereitung für die Aushebung, ganz abgesehen davon, daß sich die Wehren zu 50 Proz. aus über 40 Jahre alten Mitgliedern zusammensetzen. Den Alliierten dürfte nicht unbekannt sein, daß die Einwohnerwehren sich außerordentlich bewährt haben für den Schutz lebenswichtiger Betriebe und in der Fernhaltung lichtscheuen und ordnungswidrigen Gesindels vom privaten und öffentlichen Besitz. Auch wird sie gerechterweise zugestehen müssen, daß die deutsche Bürgerschaft im Interesse ihrer persönlichen Sicherheit in absehbarer Zeit, solange die politische Lage nicht endgültig befriedet ist, auf diese politisch harmlose Schutzwehr nicht verzichten kann.

Auch sonst führt die Note noch allerlei Gründe an, die normalerweise jedem einsichtigen Beurteiler ihre Stichhaltigkeit klar erkennen lassen. Wenn die Regierung trotzdem sich entschlossen hat, die Auflösung der Wehren in ihrer jetzigen Form zu befehlen, so gibt sie damit den erneuten Beweis ihres guten Willens, der fast die Grenze des Möglichen überschreitet. Es ist gewiß nicht verkannt worden, daß die Entente mit ihrer Forderung ein formales Recht verficht. Doch darf dieser Formalismus nicht dazu führen, daß Deutschland darüber zugrunde geht. Mögen schließlich auch die Einwohnerwehren verschwinden, der diesem Schutzmittel zugrunde liegende Gedanke der Selbsterhaltung muß uns erhalten bleiben. Wie der zukünftige Schutz auszusehen hat, läßt sich noch nicht bestimmen. Auch darauf kommt es gewiß nicht an. Die Entente wird aber einsehen müssen, daß keine Bestimmung des Friedensvertrages uns davon abhalten kann, für einen ausreichenden Schutz im Innern zu sorgen.

Ueber den Inhalt der Note gibt das Wolff-Bureau folgenden Auszug:

Die Einwohnerwehren seien in den Wirren des vorigen Jahres zu dem Zwecke gegründet worden, durch Unterstützung der geringen militärischen Kräfte und berufsmäßigen Polizeiorgane die Heimat vor vollständiger Auflösung der Ordnung zu bewahren. Bei der Gründung wie auch beim Ausbau der Einrichtung sei jeder Gedanke an eine Verwendung zu militärischen Zwecken ausgeschlossen gewesen. Die Möglichkeit, daß die Einwohnerwehren einer durch den Friedensvertrag verbotenen Mobilisation Vorschub leisten könnten, sei schon deshalb nicht vorhanden, weil die Organisationen des einheitlichen Zusammenschlusses von Reichs wegen entbehrten. Die Einwohnerwehren hätten zweifellos dazu beigetragen, die allgemeine Sicherheit in Deutschland zu festigen, und in den Unruhen der letzten Wochen große Vermögenswerte vor Vernichtung bewahrt. Der Nutzen der Einwohnerwehren habe auch im Auslande volles Verständnis gefunden. Die deutsche Regierung habe daher keinen Anlaß gehabt, die Bildung der Einwohnerwehren vor den interalliierten Kommissionen zu verheimlichen. Lediglich dem unter Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse aufgebotenen Drucke weichend, habe sie sich zur Auflösung der Wehren in ihrer jetzigen Form entschlossen.

Die Regierung vermöge aber nicht anzuerkennen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages sie zwingen, der Bevölkerung jede Möglichkeit des bis auf weiteres unbedingt notwendigen Selbstschutzes zu versagen. Die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sei die Hauptvoraussetzung dafür, daß den Bedingungen des Friedensvertrages nachgekommen werden könne. Es werde geprüft werden, welche zulässigen Einrichtungen weiterhin diesem Zwecke dienen könnten unter Wahrung ihres lokalen Schutzcharakters und Vermeidung jeder militärischen Organisation und Ausbildung.

Markvaluta und Putschgerüchte

Amsterdam, 17. April. Infolge der aus Berlin nach London gelangten Berichte über eine im Anzuge befindliche Umwälzung in Norddeutschland ging die Markvaluta, deren Besserung während vierzehn Tagen anhielt, scharf zurück. Amerikanische Banken entäußerten sich bedeutender Markbeträge, und die in London tätigen Vertreter holländischer Banken folgten dieser Bewegung. Die Pariser halbamtlichen Meldungen arbeiteten eifrig mit, um den verbesserten Markkurs in London durch die Berliner Revolutionsgerüchte zu verschlechtern. Das glückte, aber der Frank wurde dadurch nicht viel besser. Was die Rückwirkung der alarmierenden Berichte auf die englischen Großbanken betrifft, so muß festgestellt werden, daß die für Ende April durch die Joint City and Midland Bank angesetzte Konferenz über Rohstoffkredite für Deutschland auf Anfang Mai verschoben worden ist.

Kapps Auslieferung wird gefordert

Berlin, 20. April. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichskabinett hat beschlossen, die Auslieferung des Dr. Kapp von Schweden zu verlangen. Die deutsche Forderung ist bereits am Sonntag der schwedischen Regierung übermittelt worden. Der Justizminister wurde mit der Vorbereitung der juristischen Maßnahmen beauftragt.

× **Kopenhagen**, 20. April. Nach einer Meldung aus Stockholm wird Dr. Kapp vorläufig in Polizeigewahrsam gehalten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zwischen Schweden und Deutschland ein Meinungsaustausch über die Möglichkeit einer Auslieferung Kapps stattfinden wird.

Die neue Auslieferungsfrage

Haag, 17. April. In holländischen Regierungskreisen befaßt man sich mit der Frage, in welcher Weise die aus Deutschland sich flüchtenden reaktionären und kommunistischen Rädelsführer auf holländischem Boden behandelt werden sollen. Da sich diese Flüchtlinge nicht im Besitze eines holländischen Visums befinden, so stünde natürlich ihrem Abschub keine weitere Schwierigkeit im Wege. Ob jedoch diese Maßregel ausnahmslos oder nur in besonderen Fällen zur Anwendung gelangen soll, ist noch unbestimmt.

Der Aufmarsch der Polen

Breslau, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) **Die Konzentration polnischer Truppenmassen an der Grenze Oberschlesiens wird immer noch fortgesetzt. In den polnischen Bezirken Czenstochau, Lodz, Petrikau und Kalisch ist nach amtlichen Warschauer Meldungen am 17. d. M. die allgemeine Mobilisierung angeordnet worden.**

*

Das Betriebsrätegesetz in Oberschlesien

Die interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission in Oppeln teilt dem „Ostdeutschen Nachrichtendienst" amtlich mit: In einigen Zeitungen wurde in den letzten Tagen das Gerücht verbreitet, daß die interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission für Oberschlesien beschlossen hätte, das Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes zu verhindern. Dies ist nicht der Fall. Soweit diese Frage erörtert wurde, hatte die interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission die Erklärung abgegeben, daß sie erst nach den neueren Untersuchungen in der Lage sein werde, einen Beschluß für diese oder für andre Fragen zu fassen. Die interalliierte Regierungskommission hat jetzt beschlossen, daß das Betriebsrätegesetz in Kraft zu treten habe. Der Termin für die diesbezüglichen Wahlen sei noch nicht festgesetzt worden.

*

Keine Reichstagswahl?

In einer Besprechung zwischen General Lerond und den Vertretern sämtlicher Parteien erklärte der General, daß die Wahl zum Reichstage in Oberschlesien vom Hohen Rat in Paris abgelehnt worden wäre.

Der Dank an die Schleswiger

WTB. **Berlin**, 19. April

Der Reichspräsident empfing heute eine Anzahl von Damen und Herren aus Schleswig-Holstein, die sich in dem Kampf um die Nordmark besonders betätigt haben, und begrüßte sie mit folgenden Worten:

Meine Damen und Herren!

Ich freue mich aufrichtig, daß Sie nach Ihrem nationalen Erfolg die Reichshauptstadt aufgesucht und uns so Gelegenheit gegeben haben, in Ihnen dem schleswigschen Volk für sein Bekenntnis zum alten Vaterland von ganzem Herzen zu danken. Sie waren die Stütze der deutschen Arbeit in der Abstimmungszone. Kein Amt, kein Auftrag, einzig und allein reiner Idealismus, Liebe zur engeren und weiteren Heimat haben Sie zu der opfervollen Tätigkeit getrieben. Deshalb ist auch das schöne Ergebnis so ganz Ihr Eigentum, ein Sieg des Volkes für das Volk. Daß Sie den Kampf von hoher kultureller Weite streng sachlich geführt haben, erfüllt uns mit besonderer Genugtuung. Lassen Sie mich der Hoffnung Ausdruck geben, die heute alle Deutschen mit Ihnen bewegt, daß auf Grund des glänzenden Abstimmungsergebnisses eine Grenzlinie gezogen wird, die der natürlichen Abgrenzung der zwei Völker entspricht. Dänemark und Deutschland, beide Länder brauchen eine endgültige Bereinigung ihrer Beziehungen, eine Grenze, die nicht nur durch ein Machtgebot in die Landkarte, sondern durch klare Gerechtigkeit in die Herzen eingezeichnet ist.

Meine Damen und Herren! Sie haben als erstes Abstimmungsgebiet Zeugnis für Deutschland und Deutschtum ablegen dürfen. Sie haben die erste Schlacht in diesem unblutigen Kampf um die Grenzen des Reiches gewonnen. Das soll uns und unsern Landsleuten in den übrigen Abstimmungsgebieten ein gutes Zeichen, eine feste Hoffnung bedeuten. Mögen sich überall dort, wo mit dem Stimmzettel die Heimat gerettet werden muß, Frauen und Männer finden wie Sie, selbstlos, opferwillig, unermüdlich und vaterlandsliebend. Dann wird sich der Tag von Flensburg in Oberschlesien und Masuren, in Ost- und Westpreußen wiederholen. Dann wird gerade von den bedrohten Grenzgebieten aus ein Strom einheitlichen nationalen Willens ins ganze Vaterland sich ergießen. Dann wird der Kampf um die Einheit Deutschlands den nichtbedrohten Landstrichen ein Beispiel und eine Lehre sein für die Kraft, die in der Einheit aller Volksgenossen liegt, wenn es sich um Sein und Nichtsein des Landes handelt.

In diesem Geiste nochmals herzlichen Gruß und heißen Dank im Namen des Vaterlandes!

Der Streik auf der Wiener Südbahn

T. **Wien**, 20. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Vertrauensmänner der Südbahn in Wiener Neustadt haben beschlossen, den Streik abzubrechen. Heute 6 Uhr früh soll der erste Personenzug nur bis Inzersdorf fahren. Der Streik auf der Süd- und Westbahn dauert unverändert weiter, obwohl der größte Teil der Angestellten und Arbeiter sich in einer gestern abgehaltenen Versammlung zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärte. Dadurch, daß auch Lebensmitteltransporte davon betroffen werden, wächst die Gefahr für Wien und die Lebensmittelversorgung Wiens gestaltet sich trostlos; sie ist vielleicht die schlechteste seit dem Zusammenbruch der Monarchie. Dazu kommt noch, daß der südslawische Staat den Vertrag über die Lebensmittelversorgung Deutsch-Oesterreichs gekündigt hat. Es sind Verhandlungen im Gange, damit Südslawien wieder dazu gebracht werde, den Vertrag zu erneuern. Gestern mittag erschienen Aufrufe der sozialdemokratischen Partei an die Eisenbahner, daß sie wenigstens Lebensmittel für Oesterreich befördern, da es in ihrem eigenen Interesse wäre. Es sei Vorsorge getroffen, daß die Lebensmittelzüge unter Bewachung nach Wien geleitet werden.

*

Den Wiener Blättern zufolge beschloß eine Versammlung der Wiener Südbahn-Angestellten einstimmig, entgegen dem Beschluß der Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Eisenbahnergewerkschaften, den Streik fortzusetzen.

Ein Aufruf der österreichischen sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftskommission der Eisenbahner gibt bekannt, daß nur eine Gruppe der Eisenbahner in Wien und den nächsten Stationen den Streik nicht abbrechen will.

Amerika für Oesterreich

Man schreibt uns aus Wien vom 17. April:

Soviel kann man wohl jetzt schon sagen: Das Interesse Amerikas für die Republik Oesterreich ist sehr rege, und es wird nur von Oesterreich abhängen, es dauernd rege zu erhalten. Außer der großen kreditierten Getreidelieferung Amerikas, die uns bis zum Herbst der größten Sorge um Brot und Mehl überhebt, interessiert man sich jenseits des großen Wassers auch für den industriellen und kommerziellen Wiederaufbau des kleinen Donaustaates. Es sind mehrere einflußreiche Industriekapitäne und Finanzmagnaten aus New-York in Wien eingetroffen, um unsre Zustände aus eigener Anschauung kennen zu lernen, und dann Verbindungen anzuknüpfen; es waren hier u. a. die obersten Leiter der Equitable-Trust-Compagnie und in den letzten Tagen auch die Morganleute, Herr Murphy und Genossen, als Vertreter des mächtigen Morgankonzerns. Sie hatten eingehende Besprechungen mit den hervorragendsten Industriellen und Bankdirektoren, haben über jeden Zweig der industriellen Produktion Informationen eingeholt, selbst mancherlei in Augenschein genommen und erkundet und werden nun ihren Auftraggebern berichten und Vorschläge erstatten. Es handelt sich um die Lieferung von Rohstoffen, eventuell Halbfabrikaten auf Kredit, zum Zwecke des Veredlungsverkehrs und Tilgung der Schuld mit Finalprodukten, so daß von diesen, da sie mehrwertig als die Rohstoffe sind, für den Inlandsverbrauch oder den freien Export noch erübrigt wird.

Die Amerikaner sind von hier nach Prag abgereist, um die dortigen Verhältnisse zu studieren, kommen aber nach Wien zurück und werden von hier nach Amerika heimkehren, wo von den entscheidenden Persönlichkeiten endgültige Beschlüsse gefaßt werden. Was sie verlangen ist zweierlei: Stabilität, Ordnung und Ruhe im Innern und Arbeitseifer für die Erzeugung von Gütern. Umsturzgelüste und Putschversuche sind hier, wenigstens wie die Dinge jetzt liegen, kaum zu befürchten, allein die Arbeitslust könnte größer sein und die Arbeitsergebnisse könnten gewiß gesteigert werden. Darauf muß das Streben aller gerichtet sein, die den Staat erhalten wollen, insbesondere ist es Aufgabe der herrschenden Parteien, vor allem der Sozialdemokraten, ihre Anhänger zu intensiver Gütererzeugung anzuhalten. Nicht Arbeitslosenunterstützung, nur planmäßige und zielbewußte Produktionspolitik kann dieses finanziell zerrüttete Gemeinwesen vor dem Zusammenbruche bewahren.

*

Oesterreichs Versorgung aus Südslawien gefährdet?

× **Wien**, 20. April. Wie die Blätter melden, hat die südslawische Regierung den Lebensmittel- und Warenlieferungsvertrag mit Oesterreich gekündigt.

Radikalismus der Schweizer Sozialdemokraten

Basel, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Zentralvorstand der schweizerischen Sozialdemokratie hat sich mit großer Mehrheit der dritten Internationale angeschlossen.

Verschärfung der Lage in Turin

* **Mailand**, 20. April. In Turin hat sich infolge des Generalstreiks die Lage seit Sonnabend abend erheblich verschärft. An zahlreichen Straßenkreuzungen wurden Barrikaden errichtet zur Verhinderung des Verkehrs. Auf ein Artillerielager warf man zwei Bomben, wodurch die Mauern völlig zerstört und große Verwüstungen angerichtet wurden.

Der amerikanische Eisenbahnerstreik

„Nieuwe Courr." meldet drahtlos aus New-York vom 18. d. M.: Die Hoffnung auf eine sofortige Beilegung des Eisenbahnerkonflikts wurde gegen Mittag aufgegeben, da nach einer Zusammenkunft der Streikleiter mitgeteilt wurde, daß diese außer den ursprünglichen noch weitere Forderungen erhoben haben. Die Verkehrslage auf den östlichen Bahnen hat sich in der Zwischenzeit noch etwas gebessert.

Amerikanische Reise

Von unserm Sonderberichterstatter Colin Ross

X.

Deutsche Kolonien in Santa Fé

San Geronimo, im Januar 1920

Daß die trockene, staubige Kampstraße dahinsausende Auto scheint zu stehen, so eintönig bleibt der Charakter der zu beiden Seiten vorbeifliehenden Landschaft: Weide und Drahtzaun, Vieh und Windräder und ab und zu spärliche Bäume.

Aber mit der Zeit werden die Bäume dichter, schließen sich zu Reihen zusammen, laufen neben dem Wagen her, erst nicht als eine Art Hecke, schließlich als hochstämmige Allee. Andre kreuzen den Weg. Das ganze Land scheint von ihnen eingefaßt und durchzogen. Am Horizont ballen sich dunkle Schatten von Wald, und die charakteristischen Baumgruppen mit wie Türme daraufragenden Windrädern werden immer häufiger. Wir sind im Departamento La Colonias, dem Kolonisten-Departement von Santa Fé.

Zwischen den kleinen Weiden, auf denen das Vieh enger beisammensteht, Felder mit Korn und Mais. Der Charakter der Landschaft wird fast norddeutsch. Darüber ein blauer Himmel mit getürmten weißen Haufenwolken, wie man ihn oft im bayrischen Hochland sieht, Dabei aber sieht es gelb und grünlich und orangerot von Schmetterlingen auf den Wegen wie Blütenfall oder als hätten herbstliche Bäume ihre Blätter verstreut. Und vor dem nahenden Auto schwirrt es hoch, flattert um und in den Wagen, prallt gegen Gesicht und Stirn, als bewürfe uns bei Blumenkorso Frauenhand mit Blüten.

Die erste Kolonie, die wir passieren, ist San Carlos. Es bedürfte nicht der Worte des Begleiters, um zu wissen, daß hier Italiener wohnen. Trotzdem die ganze Anlage und die Architektur der Häuser sich eng an das übliche Schema halten, klingen doch Einzelheiten an italienische Dörfer an, ganz abgesehen von der ganz italienischen Kirche und den steil ragenden Pinien hinter den Gartenmauern. Man könnte meinen, durch ein Miniatur-Europa zu fahren; denn im nächsten Ort, der Anklänge an die Normandie zeigt, wohnen Franzosen, bis wir in San Geronimo ankommen, das Schweizern und Deutschen gehört. Friedliche, saubere Häuser mit großen Blumengärten, mit Sträuchern und Obstbäumen. Letztes kennt der Eingeborene nicht. Es ist ihm zu mühsam. „Obst kommt nicht", antwortet er, wenn man ihn fragt, oder: „Die Heuschrecken fressen es ja doch." Aber die Deutschen und Schweizer pflanzen es, und es gedeiht, trotzdem gerade hier die Heuschreckenplage besonders groß ist, wie die rings um das Dorf gleich Wällen aufgestellten Bleche künden, die vor der anmarschierenden Brut schützen sollen.

An der weiten grünen Plaza die Kirche. Daneben blütenumrankt das Pfarrhaus. Der Pater, der seit dem Kriege keinen Deutschen von drüben sprach, und dessen Fragen, wie alles kam, kein Ende nehmen wollten, blättert in der Chronik: Vor etwa 60 Jahren, im März 1857, kamen die ersten Deutschen herüber, 80 Familien aus der Gegend von Mainz, die das benachbarte Esperanza gründeten, heute eine blühende Stadt. Ein Jahr später kamen Schweizer aus dem Wallis und legten den Grund zu San Geronimo.

Später sehe ich bei allen Kolonisten, die jene Zeit noch als Kinder erlebten, und lasse mir erzählen, wie hart der Anfang war. Wohl hatte die Regierung das Land umsonst gegeben. Aber der erste Weizen mußte mit Hacken und Rechen in den Boden gelegt und mit der Sichel geerntet werden. An Nahrung gab es nur Fleisch von den benachbarten Estancieros. 18 Monate hatten wir kein Brot, erzählt der alte Kolonist aus dem Hessischen, und unmittelbar vor dem Hause konnte man die Rehe schießen.

Die damals hart und schwer um des Lebens Notdurft ringen mußten, sind heute müde und alt. Aber sie sind alle reich geworden. Nach deutschen Begriffen zum Teil Millionäre. San Geronimo wirkt fast wie ein Rentnerdorf, in dem jene wohnen, die sich nach einem Leben voll Mühe zurückgezogen. Draußen auf den Chacras wirtschaften die Kinder, oder sie sind verpachtet, wie überhaupt ein behäbiger Wohlstand die ursprüngliche Intensität der Arbeit verringerte.

Noch ist San Geronimo deutsch, aber es gilt doch einen harten Kampf, es zu erhalten. Gibt es auch Familien, in denen noch die Enkel Deutsch sprechen, so doch auch andre, in denen bereits die zweite Generation nur Spanisch kann. Als Kaufleute sind Argentinier ins Dorf gekommen, die Peone sind Eingeborene, der Schulunterricht ist spanisch. Halten die Eltern nicht streng darauf, daß im Hause Deutsch gesprochen wird, so lernen die Kinder nur das ihnen viel leichter fallende Spanisch. Der Pater klagte mir sein Leid. Er kämpft tapfer für das Deutschtum und unterhält eine Privatschule, in der in Deutsch unterrichtet wird. Sie wird immerhin von 140 Knaben besucht, während die Mädchen deutschen Unterricht von — man höre und staune! — französischen Schwestern erhalten. So gibt es also doch noch Inseln, die der Haß des Weltkrieges nicht erreichte.

Die Grundlage des Wohlstandes in San Geronimo, wie in allen andern Kolonien, ist der Weizenbau. Damit sind sie reich geworden. Heute wird jedoch nach und nach die Acker- durch reine Viehwirtschaft ersetzt. Eine ganze Reihe von Gründen spricht mit: einmal die Erschöpfung des Bodens, die Unsicherheit des Getreidebaues, bei dem einige schlechte Jahre mit Trockenheit und Heuschrecken um jeden Gewinn bringen können, während Viehzucht, vor allem bei den heutigen Preisen, eine ständige und sichere Rentabilität gewährt. Je weniger Getreide gebaut wird, desto weniger lohnt es sich für Dreschmaschinenunternehmer, zu kommen. Mit ihrem Fernbleiben geht der Körnerbau weiter zurück, und heute baut San Geronimo nicht einmal mehr so viel Getreide, um den eigenen Bedarf zu decken.

So sind heute die Chacras zu dem Betrieb der Estancien, der Viehhaltung, zurückgekehrt, allerdings einer wesentlich intensiveren, deren Grundlage die Milchwirtschaft ist. Nötig ist dies ja bereits durch die wesentlich geringere Bodenfläche, über die die Chacra verfügt.

Ursprünglich erhielten die Kolonisten von der Regierung nur eine Konzession, kinderreiche zwei. Diese alten Konzessionen messen 33 Hektar, die neuen 25. Fast alle Kolonisten aber konnten ihren Besitz durch Kauf erweitern. Es gibt heute Kolonisten mit 20 Konzessionen. Die Regel aber sind 4 bis 7. Eine Familie kann etwa vier noch ohne Hilfe bewirtschaften. Die Kinder gehen sämtlich wieder in die Landwirtschaft. Der Besitz wird unter sie geteilt. Durch Zukauf sucht man eine allzu weitgehende Verkleinerung der Chacras zu verhindern.

Auf einer alten Konzession lassen sich zirka 60 Stück Rindvieh halten, so daß selbst ein kleiner Kolonist über

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200421/1